

Die Antworten sind in Fettschrift den KSR Fragen eingefügt

FRAGEN DES KREISSENIORENRATS AN DIE BUNDESTAGS-KANDIDATEN

Bitte keinen Konjunktiv verwenden!

Frage 1: Rente / Altersarmut

Situation: Zunehmend mehr Menschen haben im Alter keine Rente, "die zum Leben reicht". Wichtige Gründe: die Beitragseinnahmen der Gesetzlichen Rentenversicherung sind zu niedrig - Prekäre Arbeitsverhältnisse, Absenkung des Rentenniveaus verstärken dies.

- Sind Sie für oder gegen eine wirklich solidarische Rentenversicherung, bei der für alle Einkommen Rentenbeiträge gezahlt werden?

Ich trete entschieden für eine Bürgerversicherung für alle vier SozVers-Systeme ein. Per 30.06.2017 haben ca. 27,5% der erwerbstätigen Menschen in Deutschland nicht in die SozVers eingezahlt. Das ist im hohen Maße ungerecht, vor allem deshalb, weil diese 27,5% eher Erwerbstätige mit höheren Einkommen sind. Eine Bürgerversicherung führt zur Stabilisierung des Rentensystems und versetzt uns in die Lage, insbesondere Menschen zu helfen, die vor dem Hintergrund von „unterbrochenen Lebensläufen“ nicht 45 Jahre gezahlt haben. Wir wollen eine Stabilisierung des Rentenniveaus bei mindestens 48% und streben zur Vorbeugung von Altersarmut eine steuerfinanzierte Mindestrente von mindestens EUR 900 für Menschen an, die 30 Jahre einbezahlt haben (auch mit Unterbrechungen).

- Was sehen Sie für Möglichkeiten zur Vermeidung und Verhinderung prekärer Arbeitsverhältnisse?

Befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeit, EUR450-Jobs etc. dürfen nur zusätzliche Elemente des Arbeitsmarktes sein, auf keinen Fall die Regel. Wir werden insbesondere für kleine und mittlere Betriebe diese Arbeitsverhältnisse aus Flexibilitätsgründen benötigen, aber eher als Ausnahme und nicht als Regelbeschäftigungen. Ketten-Befristungen ohne Sachgrund wollen wir nicht weiter erlauben, von Zeitarbeit möchte ich mich eigentlich langfristig verabschieden, EUR450-Jobs brauchen wir weiterhin. Die GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass diese Arbeitsverhältnisse eingeschränkt bzw. erschwert werden und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse dominieren.

Frage 2: Wohnen im Alter

Situation: Wohnen wird insbesondere im städtischen Bereich und in besonderen Regionen (z. B. Bodensee) immer teurer. Es fehlt bezahlbarer Wohnraum, besonders für Familien, ältere Menschen und Flüchtlinge mit Bleiberecht. Ganz besonders fehlen sozial geförderte Wohnungen. Andererseits schafft vermehrte Nachverdichtung soziale Probleme des Zusammenlebens.

- Wie definieren Sie bezahlbaren Wohnraum / bezahlbare Mieten? Mit welchen staatlichen Unterstützungen kann das elementare Bedürfnis nach einem bezahlbaren Wohnraum gedeckt werden?

Wir müssen uns um die Behebung der wichtigsten Ursachen dieses Problems kümmern. Diese liegen einerseits in der sehr deutlichen Reduzierung des sozialen Wohnungsbaus in den Kommunen, andererseits in einer ausufernden Grundstücksspekulation. Auch die nicht wirkende Mietpreisbremse ist an dieser Stelle zu erwähnen.

Kommunen haben in den vergangenen 10 Jahren massiv Bestände des sozialen Wohnungsbaus veräußert, die Bautätigkeit in diesem Bereich ist zweitweise fast vollständig eingestellt worden. Diese Entwicklung müssen wir dringend korrigieren. Kommunen müssen wieder in sozialen Wohnungsbau investieren und die Bautätigkeit in diesem Bereich anregen. Bundesmittel für diese Aufgaben müssen erhöht werden, gleichzeitig sollten wir dringend alles unternehmen, dass die Kommunen diese Mittel auch abrufen. Wichtig dabei ist mir, dass es nicht mehr um ghettomäßige Blockbauten gehen darf. Wir müssen neue, kreative Wege des sozialen Wohnungsbaus gehen.

Die Grundstücksspekulation, vor allem in Großstädten, nimmt absurde Züge an. Investoren kaufen Bauland mit vorhandenen Baugenehmigungen, obwohl sie gar nicht die Absicht haben, dort etwas zu bauen. Sie warten 1-2 Jahre und veräußern die Grundstücke dann zu erheblich höheren Marktwerten. Hier müssen wir dafür sorgen, dass Baugenehmigungen nur für max. ein Jahr ausgesprochen werden. Bund, Länder & Kommunen sollten möglichst wenig Grundstücke veräußern und diese im Allgemeinwohl vor allem dem Erbbaurecht unterlegen.

An dritter Stelle nannte ich die Mietpreisbremse. Hier sind besonders die fehlende Transparenz über die Miethöhe für Vor- und Nachmieter sowie die fehlenden Sanktionen für Vermieter bei Fehlverhalten zu nennen. An diesen Punkten müssen wir nachjustieren und das bestehende Gesetz im Interesse der Mieter*innen nachbessern.

- Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Folgen der Nachverdichtung, Auflösung der Strukturen und in Folge die soziale Vereinsamung älterer Mitbürger verbessern?

Ich vertrete die Auffassung, dass vor allem mit Blick auf den fortschreitenden Flächenverbrauch in den Kommunen eine Nachverdichtung unbedingt geboten ist. Wir können nicht unsere ganze Erde zubauen. Die Bedürfnisse älterer Mitbürger*innen sind besonders beim sozialen Wohnungsbau zu berücksichtigen. Wir sollten beispielsweise stärker die südländische Idee der Nachbarschaftszentren auch in Deutschland umsetzen, die zu einem starken Zusammenhalt von Stadtquartieren in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland führen. Kommunen müssen mehr Mittel für Stadtquartiersarbeit aufbringen.

Diese Idee wird gestärkt durch den Vorschlag der GRÜNEN, im Rahmen der neuen Pflegegrade in die häusliche/ambulante Pflege auch Nachbarn, Freund*innen und Bekannte einzubeziehen und nicht nur Familienangehörige. Wir wollen, dass auch diese Personengruppen Leistungsansprüche aus der Pflegeversicherung erhalten. Dies wird die nachbarschaftliche Solidarität stärken.

- Wie beurteilen Sie neuere Wohnformen für ältere Menschen, die ein längeres selbständiges Leben ermöglichen und Heimaufenthalte hinausschieben?

Ich bin entschieden dafür, alles zu versuchen, dass ältere Menschen ihren Lebensabend so lange es irgendwie geht in ihren vertrauten Lebensumgebungen verbringen können. Den Gedanken der Vereinsamung von der letzten Frage aufgreifend, unterstütze ich ausdrücklich Wohngemeinschaften 70+, partnerschaftliche Pflegemodelle für mehrere Personen in einer Wohnung, barrierefreie Mobilität etc.

Frage 3: Pflege und Pflegenotstand

Situation: Durch den demographischen Wandel wird die Zahl der Pflegebedürftigen zunehmen. Wir haben bereits heute einen eklatanten Mangel an Pflegeplätzen und Pflegekräften. Dies wird sich weiter verschärfen. Familiäre Pflege wird immer weniger. Und die Pflege wird ständig teurer.

- Wann und wie wollen Sie den hoch brisanten Pflegepersonal-Mangel in Kliniken und Pflegeheimen beseitigen?

Für die GRÜNEN ist dieser Bereich ein Politikfeld mit einem sehr akuten Handlungsbedarf. Wir werden bei einer Regierungsbeteiligung Sofortmaßnahmen im Sinne eines 100-Tage-Programms einfordern. Dazu gehört, ein Sofortprogramm für 25.000 zusätzliche Pflegekräfte aufzulegen. Dazu gehört, umgehend die Ausbildungskapazitäten in diesen Bereichen deutlich zu erhöhen und das (absurde) Schulgeld für Pflegeberufe abzuschaffen. Der Beruf muss insgesamt gesellschaftlich aufgewertet und gestärkt werden. Durch einen Tarifvertrag Soziales wollen wir eine spürbar bessere Bezahlung des Pflegepersonals.

Zentral wird auch die Einführung eines Personalmindestschlüssels in Pflegeheimen und Krankenhäusern sein. Arbeits- und Schichtpläne müssen sich an bundeseinheitlichen Mindeststandards orientieren, mehr Freiraum für Pausen und Erholung des Pflegepersonals bieten und strikte Arbeitszeitregelungen einführen.

- Wann und wie wollen Sie den Pflegenden mehr Anerkennung, mehr Vergütung, mehr sozial- und gesundheitlich bessere Dienstzeiten (bessere Personalschlüssel), mehr bezahlbaren Wohnraum u. a. geben?

Siehe vorherige Frage.

- Ist es denkbar, dass Sie einen rechtsverbindlichen Anspruch auf einen Kurzzeitpflegeplatz, ähnlich wie bei Kitas, gesetzlich regeln? - Können Sie sich vorstellen, dass die Ausbildung im Pflegebereich stärker mit staatlichen Mitteln (Steuern) gefördert wird?

Wie bereits erwähnt, ist es angesichts des Pflegenotstandes und des Fachkräftemangels dringend geboten, die Ausbildungskosten auf neue Füße zu stellen. In einem Bereich mit extremen Fachkräftebedarf eine private Schulgeldfinanzierung zu haben, ist schlichtweg absurd. Der Staat muss diese Ausgaben tragen. Die Auszubildenden müssen von jeglichem Schulgeld freigestellt werden.

Der Rechtsanspruch auf einen Kurzzeitpflegeplatz wird aufgrund der demographischen Entwicklung der Bevölkerung in absehbarer Zeit Realität werden. Ein würdevoller Umgang mit dem Thema Altern bringt dies in einer alternden Bevölkerung mit sich. Einfach nur einen Rechtsanspruch zu definieren, wäre aber zu kurzsichtig. Die strukturellen Probleme des Fachkräftemangels und der Pflegekapazitäten müssen vordringlich gelöst werden.

Frage 4: Sicherheit und Sicherheitsempfinden

Situation: Laut Kriminalstatistik der Bundesregierung hat sich die Sicherheitslage in der Bundesrepublik verbessert. Trotzdem fühlen sich viele Menschen subjektiv unsicherer. Angst machen Terrorismus (von links und rechts) und plötzlich aufkommende Gewaltbereitschaft.

- Sind Sie für erhöhte Polizeipräsenz? Eine höhere Personalstärke? Wie kann die Zusammenarbeit im Verfassungsschutz in Deutschland und in der EU gewährleistet werden?

Wir dürfen bitte nicht immer nach schärferen Gesetzen verlangen. Bestehende Gesetze müssen konsequent angewandt werden. Dazu gehört für die GRÜNEN eine dauerhafte und nachhaltige Erhöhung der Personals bei Bundes- und Landespolizei sowie eine viel stärkere Abstimmung und Koordination der Sicherheitsbehörden einzelnen Länder und des Bundes. Die GRÜNEN haben auf Landesebene mit der CDU vereinbart, 1.500 neue Polizeistellen in BaWü zu schaffen. Die Mittel dafür werden im aktuellen Haushaltsplan bereitgestellt. Gerade arbeiten wir an einer deutlichen Erhöhung der Polizei-Ausbildungskapazitäten.

Wie der Fall Amri (Berliner Weihnachtsmarkt) zeigte, ist eine stärkere Abstimmung von Sicherheitsbehörden in Deutschland und Europa dringend geboten. Der Anschlag hätte bei einem konsequenten Informationsaustausch verhindert werden können. Hier seien beispielhaft die IT-Koordination sowie der europäische Datenaustausch genannt.

Frage 5: Zukunft der Europäischen Union

Situation: Durch nationalistische Strömungen und den Brexit befindet sich die EU in einer Krise

- Wie stehen Sie zur weiteren politischen und staatlichen Vereinigung Europas und der Vermeidung immer stärker aufkeimender nationaler Alleingänge, denen andererseits Zentralisierungsbemühung der EU gegenüber stehen?

Von weniger Europa hat keiner mehr, lautet ein Wahlspruch der GRÜNEN. Wir treten für eine Stärkung des europäischen Gedankens ein. Europa hat uns Frieden und Wohlstand gebracht. Nationalismus und Kleinstaatlichkeit haben nur zu Krieg und Zerstörung geführt. Daher wollen wir den europäischen Weg weitergehen. Europäische Institutionen sollen bei einer gleichzeitigen Demokratisierung in ihren Kompetenzen gestärkt werden. Dazu müssen wir Kompetenzen der einzelnen Länder auf die EU übertragen (vorwiegend in der Wirtschaft-, Finanz-, und Verteidigungspolitik). Europa löst Probleme europäisch, solidarisch, gerecht, gleichberechtigt. Europa fördert die Starken und hilft den Schwachen. Europa wird ein glaubwürdiger „Mittelpol“ zwischen den Trump und Putin.

Frage 6: Zukunft des Euro

Die Einheitswährung wird durch starke Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Länder belastet. Dabei übernimmt die Bundesrepublik erhebliche Risiken.

- Wie beurteilen Sie die Stabilität des EURO?

Diese beurteile ich hoch. Der Euro ist eine Erfolgsgeschichte. Er hat nicht nur die europäische Idee weiterentwickelt, er ist zu einer zweiten Leitwährung der Welt geworden. Der Euro lebt die europäische Solidarität. Deutschland trägt sehr viele Risiken, erhält aber auch sehr viel von Europa. Derzeit sogar viel mehr als es gibt, bedenkt man, wie viele Zinsen sich der deutsche Staat seit der Eurokrise gespart hat. Es ist Zielsetzung der GRÜNEN, dass irgendwann alle europäischen Länder zur EU gehören und möglichst alle EU-Mitgliedsstaaten den Euro als Landeswährung eingeführt haben.

Die Niedrigzinspolitik der EZB zerstört das klassische Ansparmodell.

- Wie kann man unter diesen Randbedingungen eine sinnvolle finanzielle Vorsorge treffen, so dass - nicht später das Gemeinwohl darunter leidet?

Die EZB ist nach den Statuten des Maastrichter Vertrages unabhängig. Sie hat die Geldwertstabilität zu überwachen und die Wirtschaftspolitik der europäischen Regierungen zu unterstützen. Von Weisungen nationaler Regierungen oder der europäischen Kommission ist sie unabhängig. Das Direktorium und der Rat der EZB beurteilen in regelmäßigen Abständen die gesamtwirtschaftliche und geldpolitische Lage und treffen Entscheidungen hinsichtlich der geldpolitischen Instrumente. Die GRÜNEN wollen diese Unabhängigkeit nicht antasten. Sie unterstützen den geldpolitischen Kurs der EZB. Es ist völlig klar, dass das auf die Bildung von Sparvermögen durch Einlagenkonten, durch Bausparverträge und durch Lebensversicherungen ausgerichtete Sparkonzept der großen Mehrheit der Deutschen Probleme mit sich bringt. Meine persönliche Meinung ist, dass wir eine andere Sparkultur brauchen. Während die privaten Haushalte mehr als 5 Bill. EUR Sparvermögen haben, funktioniert Existenzgründung von kleinen und mittleren Unternehmen größtenteils mit Krediten. Das ist ein Widerspruch.

Der Staat schützt die Kleinsparer mit der Einlagensicherung vor Sparausfällen. Er kann sich nicht auch noch um eine Mindestverzinsung kümmern. Eine stärkere ökonomische Allgemeinbildung müsste für den Umgang mit Geld und Sparen viel früher sensibilisieren als das heute der Fall ist. Insgesamt brauchen wir eine Veränderung in der Sparkultur der Nation.

Frage 7: Mobilität:

Situation: Mobilität ist ein Grundbedürfnis älterer Menschen insbesondere in ländlichen Raum, um am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teilnehmen zu können. Der öffentliche Personen-Nahverkehr im Landkreis zeigt große Unterschiede. Auch sind viele öffentliche Gebäude noch nicht barrierefrei.

- Haben Sie Vorstellungen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs (vorwiegend im ländlichen Raum) mit Blick auf Mobilität für ältere und/oder behinderte Menschen?

Der Bahnverkehr in der Region ist in einem desolaten Zustand. Außer der Seehasstrecke ist keine Strecke elektrifiziert. Dieselloks teilweise aus den 70er Jahren. Züge, bei der eine Barrierefreiheit ein Fremdwort ist. Ich habe kein Auto mehr, sondern fahre täglich Bahn. Als Bahnvielfahrer weiß ich, dass wir unbedingt und zeitnah spürbare Veränderungen brauchen. Dazu gehören moderne Niederflurzüge, bei denen ein Zu- und Ausstieg für Mütter mit Kinderwagen, für Menschen mit Behinderungen, für ältere Menschen unproblematisch möglich ist. Dies haben wir deshalb noch nicht – oder anders formuliert – wir haben einen Bahnverkehr auf dem Stand der 70er Jahre, weil wir jahrzehntlang eine Verkehrspolitik mit einseitigem Schwerpunkt auf das Auto verfolgt haben. Das rächt sich jetzt. Nur 60% des deutschen Schienennetzes ist elektrifiziert. Wenige Prestigeprojekte werden zu Lasten des Flächenverkehrs gefördert. Damit muss endlich Schluss sein.

Wir wollen in Anlehnung an das Schweizer Modell des Generalabonnements einen deutschen Mobilitätspass, mit dem es möglich sein soll, für 2 EUR am Tag deutschlandweit ÖPNV-Angebote zu nutzen. Schüler*innen, Student*innen, Rentner*innen sollen Ermäßigungen erhalten. Wir wollen einen Busverkehr in der Fläche, der sicherstellt, dass jedes Dorf mindestens einmal in der Stunde eine Anbindung an die Oberzentren auch (am im Abendbereich). Wir wollen bürgerschaftliches Engagement (Bürgerbus, Bürgertaxi etc.) fördern und Sharing-Konzepte (ich muss mir nicht immer alles selbst kaufen) auch für ältere Menschen stärken.

Insgesamt stehen wir für eine Verkehrswende, die wesentlicher Bestandteil einer deutschen Klimaschutzpolitik zur Einhaltung des Pariser Abkommens ist.
